



Dr. Jürgen Martens
Mitglied des Deutschen
Bundestages

Pressemitteilung

Dr. Jürgen Martens: Strafverfahren dauern zu lange - Sachsen ist trauriger Spitzenreiter bei U-Haftentlassungen aus diesem Grund

Zwickau, 04.04.2019

Dr. Jürgen Martens, MdB
Wahlkreisbüro
Innere Schneeberger Straße 16
08056 Zwickau
Telefon: +49 375 46007785
juergen.martens.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227- 75418
juergen.martens@bundestag.de

Berlin – Der Rechtspolitische Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Dr. Jürgen Martens, mahnt vor dem Hintergrund neuer Zahlen zu Haftentlassungen wegen unvertretbar langer Verfahren dringend Maßnahmen an: „Es kann nicht sein, dass einer Straftat dringend Verdächtige trotz Vorliegen eines Haftgrundes aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen, weil ihre Strafverfahren zu lange dauern.“ Laut einem Bericht der Deutschen Richterzeitung (Heft 4/2019, S. 118 f.) ist die Zahl der aus diesem Grund Entlassenen im Jahr 2018 abermals gestiegen.“

Martens: „Sachsen ist mit 15 Haftentlassungen wegen unvertretbar langer Verfahren trauriger Spitzenreiter.“ Handlungsbedarf sieht der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Zwickau sowohl bei Bund und Ländern: „Es müssen dringend neue Stellen in der Justiz geschaffen werden. Hier ist die Landesregierung gefragt. Aber auch der von der Bundesjustizministerin vollmundig versprochene Pakt für den Rechtsstaat stellt angesichts der auf die ostdeutschen Länder zurollenden Pensionierungswelle nur eine kurzfristige Anschubfinanzierung ohne langfristige Wirkung dar. Auch sind die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD aufgeführten Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung bis jetzt nicht in Sicht.“

Nach dem Beschleunigungsgebot soll die Hauptverhandlung innerhalb von sechs Monaten nach der Festnahme des Beschuldigten beginnen.

MdB Dr. Jürgen Martens ist der rechtspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.